

Einladung

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lade ich Sie zur 3. Sitzung des Stadtkleingartenausschusses am Mittwoch, den 25.11.2015, um 16:00 Uhr ein.

Die Sitzung findet in der Hansestadt Stralsund, Rathaus Ratsstube statt.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 02. Sitzung des Stadtkleingartenausschusses vom 07.05.2015
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 4 Beratung zu aktuellen Themen
- 4.1 Erarbeitung eines Konzepts "Essbare Stadt"
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: AN 0059/2015
- 4.2 Geplanter Anschlusszwang der Kleingartenvereine an das Abfallentsorgungssystem des Landkreises V-R zum 01.01.2016
- 5 Verschiedenes

Nicht öffentlicher Teil

- 6 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 7 Beratung zu aktuellen Themen
- 8 Verschiedenes

Öffentlicher Teil

- 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Ich bitte um Ihre Teilnahme.

Im Verhinderungsfall bitte ich um die Teilnahme der gewählten Vertreter bzw. um eine Information an die Geschäftsführung des Ausschusses.

Mit freundlichen Grüßen

gez. i.A. W. Sund
Detlef Lindner
Vorsitz

Niederschrift
der 2. Sitzung des Stadtkleingartenausschusses

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 07.05.2015
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:10 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus Kollegiensaal

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Detlef Lindner

stellv. Vorsitzende/r

Frau Erika Lachowski
Frau Claudia Müller
Eckehard Nitschke

Mitglieder

Herr Kurt Brost
Herr Thomas Lewing
Herr Klaus-Dieter Meyer
Herr Mathias Miseler
Frau Maria Quintana Schmidt
Herr Christian Ramlow
Herr Gerd Riedel
Herr Rolf-Peter Zimmer

Protokollführer

Herr Wolfgang Sund

von der Verwaltung

Frau Heike Benz
Frau Katharina Schultz

Tagesordnung:

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 1. Sitzung des Stadtkleingartenausschusses vom 17.02.2015
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 4 Beratung zu aktuellen Themen
- 4.1 Erarbeitung eines Konzepts "Essbare Stadt"
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: AN 0059/2015
- 4.2 Information des Parlamentarischen Staatssekretärs Pronold vom 01.10.2014 Drucksache 18/2832 Deutscher Bundestag (Anfrage 102)

- 4.3 Verantwortlichkeit für den Weg von der Arnold-Zweig-Straße zu den Garagen hinter den Blöcken
- 4.4 Verbrennen von kompostierbaren Gartenabfällen
- 4.5 Begehungstermine zur Kontrolle der Einhaltung der kleingärtnerischen Gemeinnützigkeit
- 4.6 Verschließen der Eingangstore in der KGA "Apfelblüte"
Wiedervorlage StKGA vom 23.09.2014
- 5 Verschiedenes
- 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Herr Lewing beantragt, die Tagesordnungspunkte 4.2 und 4.6 in der Abarbeitung zu tauschen.

Die Ausschussmitglieder stimmen der geänderten Tagesordnung einstimmig zu.

Die Abarbeitung in der Niederschrift bleibt von dieser Änderung unberührt.

zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 1. Sitzung des Stadtkleingartenausschusses vom 17.02.2015

Herr Miseler beantragt zu Punkt 5 Verschiedenes folgende Ergänzung:

„Frau Benz erklärt, dass die Baumstümpfe vor der Neubepflanzung gerodet werden.“

Mit dieser Änderung bestätigen die Ausschussmitglieder einstimmig die Niederschrift der 1. Sitzung des Stadtkleingartenausschusses vom 17.02.2015.

zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen

zu 4 Beratung zu aktuellen Themen

zu 4.1 Erarbeitung eines Konzepts "Essbare Stadt" Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Vorlage: AN 0059/2015

Frau Müller stellt das Projekt noch einmal vor und bezieht dabei Erfahrungen mit ein, die in der Stadt Andernach diesbezüglich gemacht wurden.

Herr Ramlow stellt dar, dass dieses Projekt für Stralsund nicht erforderlich und nicht sinnvoll ist.

Herr Brost erklärt, dass noch freie Kapazitäten in den Kleingartenanlagen vorhanden sind und dort auch eine bessere Kontrolle bzw. Überschaubarkeit garantiert werden kann.

Frau Müller legt dar, dass hauptsächlich brachliegende öffentliche Flächen genutzt werden sollen und vor allem junge Leute angesprochen werden sollen, die dann langsam über Eigenverantwortung an die Übernahme einer eigenen Gartenparzelle herangeführt werden können.

Herr Nitschke fragt wer initiiert das und wer pflegt die Anlagen?

Frau Müller teilt mit, dass es dafür unterschiedliche Modelle gibt, die da reichen von städtischer Verwaltung über Vereine, lokale Initiativen und sogar Privatpersonen.

Frau Lachowski verweist auf freie Parzellen in Kleingartenanlagen und regt an, dass sich dort Schulen drum kümmern sollten. Auf öffentlichen Flächen sieht sie die Gefahr des Vandalismus.

Herr Riedel spricht sich gegen das Projekt in Stralsund aus.

Frau Quintana Schmidt findet grundsätzlich Gefallen an der Idee, es sollte aber konkret an Beispielen durchdacht werden.

Herr Nitschke mahnt an, dass in Stralsund nicht alles von Anfang an abgelehnt werden sollte, sondern wir alle an konkreten Objekten lernen sollten.

Herr Lewing beantragt eine Verweisung des Themas in die Fraktionen und eine Aufnahme in die nächste Sitzung des Stadtkleingartenausschusses..

Diesem Antrag wird einstimmig stattgegeben.

zu 4.2 Information des Parlamentarischen Staatssekretärs Pronold vom 01.10.2014 Drucksache 18/2832 Deutscher Bundestag (Anfrage 102)

Herr Brost erklärt, dass er beantragt hat, diesen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Dabei ging es ihm darum, Fördermittel zur Beräumung von Gartenlauben in den KGA zu bekommen. Dieses hat sich allerdings als eine Fehleinschätzung dargestellt, nachdem Herr Brost ein entsprechendes Schreiben von der Stadtverwaltung – dort Abt. Stadtplanung und Denkmalpflege – als Antwort auf seine entsprechende Anfrage erhalten hat. Herr Brost verliest das entsprechende Schreiben.

Frau Lachowski informiert, dass sich die KGA „Am Teich“ aufgelöst hat, da sich niemand der Vereinsmitglieder bereit erklärt hat, den Vorsitz zu übernehmen.

Frau Lachowski fragt an, wie es mit diesen Flächen weiter gehen soll. In der 20.KW will der Vorstand des KV einen Antrag stellen, die entsprechenden Flächen des KGV aus der Nutzung als KGA im Flächennutzungsplan herauszunehmen.

Sie spricht die Möglichkeit an, dass künftig dann mit den einzelnen Pächtern der KGA durch die Stadt Einzelpachtverträge abgeschlossen werden sollten.

Herr Nitschke fragt an, was passiert grundsätzlich, wenn innerhalb eines KGV keiner gefunden wird, den Vorstand zu bilden und als dieses zu arbeiten. Daraufhin teilt Herr Brost mit, dass in diesem Fall von Amts wegen ein Vorsitzender bestellt wird, der allerdings den Verein nur nach außen vertritt.

zu 4.3 Verantwortlichkeit für den Weg von der Arnold-Zweig-Straße zu den Garagen hinter den Blöcken

Frau Lachowski berichtet von einem Treffen der verschiedensten Anlieger an dem Weg, der von der Arnold-Zweig-Straße aus in die KGA führt am 27.04.2015.

Dabei geht es darum, dass die Wegefläche sich im Eigentum des Bundes befindet und der Bund über die BlmA nun erwartet, dass sich alle Anlieger an der Erhaltung der Wegefläche finanziell beteiligen.

Herr Sund berichtet, dass es diesbezüglich eine Anfrage der BlmA bei der Stadtverwaltung gibt, die eine Übertragung der Wegeflächen in das Eigentum der Hansestadt Stralsund beinhaltet. Sollte es dazu kommen, würden sämtliche Instandhaltungs – und Instandsetzungsarbeiten allein von der Stadt getragen werden müssen. Es gibt derzeit noch keine abschließende Entscheidung dazu. Wenn diese vorhanden sein wird, informiert Herr Sund in der nächsten Sitzung des Ausschusses.

zu 4.4 Verbrennen von kompostierbaren Gartenabfällen

Herr Brost verweist auf die Festlegungen in der Gartenrahmenordnung zu der Problematik Verbrennen von kompostierbaren Gartenabfällen.

Von Seiten des KV werden entsprechende Dokumente an die KGA herausgegeben, wie diese Problematik in den Jahren 2015 und 2016 zu handhaben ist.

Herr Meyer stellt dar, dass von der KGA „Kedingshagen I“ kein Verbrennen entsprechender Abfälle mehr durchgeführt worden ist. Verweist aber auf den Tierpark, von wo aus das ganze Jahr der Rauch vom Verbrennen in die KGA zieht und dort zu Belästigungen führt.

zu 4.5 Begehungstermine zur Kontrolle der Einhaltung der kleingärtnerischen Gemeinnützigkeit

Herr Brost erläutert die Notwendigkeit der kleingärtnerischen Gemeinnützigkeit.

Die Kontrolle der Gemeinnützigkeit ist an den KV abgegeben worden, der dadurch einen wesentliche höheren Aufwand betreiben muss als vorher. Jährlich sind ca. 20 KGA zu begehen. Ausgehend von den Besichtigungen werden Vorschläge zur Anerkennung der Gemeinnützigkeit vom KV an die Abt. Liegenschaften des städt. Bauamtes geleitet, die dann bei Einhaltung der entsprechenden Vorgaben die Gemeinnützigkeitsurkunde erstellt zur Weiterleitung an das Finanzamt.

Termine zu Begehungen im Jahre 2015 stehen fest.

zu 4.6 Verschließen der Eingangstore in der KGA "Apfelblüte" Wiedervorlage StKGA vom 23.09.2014

Herr Lewing stellt fest, dass die KGA für jedermann zugänglich sein soll. Ungefähr seit dem Jahre 2000 wurde die Anlage auch am Tage verschlossen. Insbesondere gibt es für ältere Menschen erhöhte Probleme, da sie damit einen Umweg zu den Verkaufseinrichtungen auf sich nehmen müssen.

Frau Lachowski erklärt, dass der KV auf jeder öffentlich Veranstaltung darauf hinweist, dass die KGA Erholungsflächen sind und damit für jedermann zugänglich zu sein haben.

Herr Brost weist auf Sicherheitsbedingungen in den KGA hin und schlägt vor, dass hier noch einmal vom KV aus mit dem Vorstand der KGA „Apfelblüte“ über dieses Thema gesprochen wird mit dem Ziel, einen Kompromiss hinsichtlich der Begehbarkeit der KGA zu erzielen.

zu 5 Verschiedenes

Herr Miseler stellt die Frage nach den Gründen der Nichtentfernung der Baumstümpfe im Bereich der KGA „Kedingshagen I“ entsprechend seines Einwandes zur Bestätigung der Niederschrift der 1. Sitzung des StKGA.

Frau Benz stellt dar, dass in Vorbereitung der Gehölzpflanzung der KV informiert wurde über die Auswahl der zu pflanzenden Gehölzarten. Aus Kostengründen wurde dabei auf die Entfernung der Baumstümpfe verzichtet.

Frau Lachowski bemerkt, dass man sich diese Kosten sparen könnte, da die Baumstümpfe nach einer gewissen Zeit verrotten.

Herr Meyer widerspricht diesem und bemerkt, dass aus den vorhandenen Baumstümpfen bereits neue Baumtriebe wachsen. Er regt an, hier mit dem Einsatz von chemischen Mitteln das frühzeitige Absterben der Baumstümpfe zu beschleunigen.

Herr Lindner fragt die Verwaltung, ob es geschehen kann, dass die Pappel wieder nachwachsen können.

Frau Benz antwortet, dass dieses grundsätzlich möglich ist, die Sorgen der KGA jedoch bei der weiteren Pflege des Gehölzstreifens Beachtung finden werden.

Als Termin für die nächste Sitzung des StKGA wurde der 09.07.2015 um 16:00 Uhr benannt, der Tagungsort wird noch bekannt gegeben.

zu 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Im nicht öffentlichen Teil der Sitzung besteht kein Redebedarf.

Der Ausschussvorsitzende beendet die Sitzung

gez. Detlef Lindner
Vorsitzender

gez. Wolfgang Sund
Protokollführung

Titel: Erarbeitung eines Konzepts "Essbare Stadt"

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Federführung: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen	Datum: 31.03.2015
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen	

Beratungsfolge	Termin	
Bürgerschaft	09.04.2015	

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister mit der Erarbeitung eines Konzeptes für eine „Essbare Hansestadt Stralsund“, welches sich an der bereits erfolgten Umsetzung des Konzeptes der Stadt Andernach orientieren soll. Eine Vorlage soll bis zur Sitzung im Juni 2015 erfolgen.

Kooperationen mit Kindergärten, Schulen, der Stralsunder Tafel sowie mit Privatpersonen und Initiativen sind wünschenswert und sollen geprüft werden.

Begründung:

Die Stadt Andernach wurde kürzlich durch die Deutsche Umwelthilfe e.V. und die Stiftung „Lebendige Stadt“ für die nachhaltige Umgestaltung seiner Grünanlagen als Gesamtsieger des Wettbewerbs „Lebenswerte Stadt“ ausgezeichnet. Hintergrund war die Realisierung des Projekts „Essbare Stadt“. Damit gestaltete Andernach im öffentlichen Raum begehbare Gärten und ergänzt die gewohnten Grünflächen durch dekorative und nutzbare Gemüsearten. In der Begründung zur Auszeichnung heißt es: „Das Andernacher Konzept ist schon allein wegen seiner Einfachheit brillant: der Stadt gelingt ohne aufwendige Baumaßnahmen eine Aufwertung seiner Grünanlagen. Durch die Wahl von essbaren Pflanzen wurde dem öffentlichen Grün eine Multifunktionalität verliehen, die bei der Bevölkerung sehr gut ankommt. Selten wurde mit so einfachen Mitteln so viel bewegt.“

Im Mittelpunkt des Konzeptes sollten Bereiche der Stadt stehen, die heute weniger attraktiv sind und einer Aufwertung bedürfen. Die Stralsunder Wohnungsbaugesellschaft hat im Sinne des o. g. Projekts bereits eine Maßnahme umgesetzt. In Grünhufe wurde eine Freifläche mit Obstbäumen bepflanzt, die Fläche ist frei zugänglich und die SWG macht offensichtlich sehr gute Erfahrungen.

TOP Ö 4.1

Hansestadt Stralsund
Der Oberbürgermeister
Büro des Präsidenten der
Bürgerschaft/Sitzungsdienst

Beschluss der Bürgerschaft

Zu TOP : 9.9
Erarbeitung eines Konzepts "Essbare Stadt"
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: AN 0059/2015

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt, die Beratung des Antrages in den Ausschuss für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung sowie in den Stadtkleingartenausschuss zu verweisen:

„Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister mit der Erarbeitung eines Konzeptes für eine „Essbare Hansestadt Stralsund“, welches sich an der bereits erfolgten Umsetzung des Konzeptes der Stadt Andernach orientieren soll. Eine Vorlage soll bis zur Sitzung im Juni 2015 erfolgen.

Kooperationen mit Kindergärten, Schulen, der Stralsunder Tafel sowie mit Privatpersonen und Initiativen sind wünschenswert und sollen geprüft werden.“

Beschluss-Nr.: 2015-VI-03-0207

Datum: 09.04.2015

Im Auftrag

gez. Kuhn

TOP Ö 4.1

Auszug aus der Niederschrift über die 03. Sitzung der Bürgerschaft am 09.04.2015

**Zu TOP : 9.9
Erarbeitung eines Konzepts "Essbare Stadt"
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: AN 0059/2015**

Herr Adomeit beantragt die Verweisung der Beratung des Antrages in den Stadtkleingartenausschuss.

Frau Müller begründet den Antrag ausführlich.

Herr Bauschke beantragt, die Beratung des Antrages zusätzlich in den Ausschuss für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung zu verweisen.

Herr Arendt empfiehlt, z.B. Familien von einer Kleingartennutzung zu überzeugen. Es gibt genügend freie Gärten, so dass der öffentliche Raum nicht verändert werden muss.

Herr Paul stellt die Anträge, die Beratung des Antrages in den Ausschuss für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung sowie in den Stadtkleingartenausschuss zu verweisen, wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt, die Beratung des Antrages in den Ausschuss für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung sowie in den Stadtkleingartenausschuss zu verweisen:

„Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister mit der Erarbeitung eines Konzeptes für eine „Essbare Hansestadt Stralsund“, welches sich an der bereits erfolgten Umsetzung des Konzeptes der Stadt Andernach orientieren soll. Eine Vorlage soll bis zur Sitzung im Juni 2015 erfolgen.

Kooperationen mit Kindergärten, Schulen, der Stralsunder Tafel sowie mit Privatpersonen und Initiativen sind wünschenswert und sollen geprüft werden.“

Mehrheitlich beschlossen

Beschluss-Nr.: 2015-VI-03-0207

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. König/Sitzungsdienst

Stralsund, 23.04.2015